

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 50 Halbpennig monatlich einschließlich Postgebühren. — Abbestellungen nehmen alle postfähigen Buchhändler, Briefträger und der Verleger (Siedler, Neujährstraße Nr. 21, Leipzig). — Einzelne, höhere Ortschaften und Postämter erhalten den Verlag von der Station für Werbung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehnmalige Wochenschein-Zeile 10 Halbpennig. — Anzeigen im Nachhinein 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweisers“ Siedler, Neujährstraße Nr. 21, Leipzig. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 11

Halle (S.), den 13. März 1926

2. Jahrgang

## Frühlingsstürme am Genfer See.

Die Eichordnung in Reformationsaal — Ein Königreich für ein Kompromiß — Schwedischer Granit — Dramatischer Aufbau — Tragödie der Komödie — Der Schnellzug auf dem Pariser Bahnhof — Nachtszenen in der Kammer — Die ewige Wiederkehr Briands — Zeitverdrängung — Zweifelhafte Lob für Schlieben — Der Kanzler vor der deutschen Presse — Volksbegehren — Monarchische Erfahrungen in den Ländern — Abfindung mit der Abfindung.

Frühlingsstürme weihen dem Wonnemond. Kalendermäßig wäre es beinahe Jomert, aber die Politik hat ihre eigenen meteorologischen Gesetze. Selbst in Genf, wo das Klima sonst wesentlich milder ist als in unserem Norden. Und doch bringen wir erst den Frühling hinterher. Was übrigens die Anderen noch nicht erkennen wollen. Was war die Völkervereinigung ohne uns? Ein Torso, ein Schwert ohne Klinge. Allmählich hat man das Jogar in den befreundeten Hauptstädten des Westens erkannt. Daher die dringenden Einladungen. Doch jetzt, wo wir zur Stelle sind, allerdings noch im Vorjahr waren, bis die Ehrentugenden bereit sind, uns hineinzuheilen, versehen sich immerzu die Gesichter. Die Plagefrage macht wie so häufig bei einer Eichordnung Schwierigkeiten. Seht man uns zu den Honoratioren, und das fordern wir mit Zug und Recht, so murren die Anderen, denen an Nebenflüssen ferioiert wird. Es ist geradezu fabelhaft, wer sich jetzt alles als Großmacht fühlt. Spanien, Polen, Brasilien, China. Von Nicaragua liegen noch einige entsprechende Meldungen vor, aber da wir noch keine Tage mit den Wäldern der Erde, gelöst in dem kleinen Gebirge zu Füßen des Mont Blanc zusammen sind, ist noch Zeit, ähnliche Ansprüche anzumachen.

Herr Chamberlain ist dauernd bemüht, die von ihm aufgestellten Regeln des Sees wieder zu glätten. Ein Königreich für ein Kompromiß! Selbst Schliebe unterläßt ihn in allerhöchstem Maße. Mussolini in diesem benevolenten Beginnen. Schweden aber fest wie ein Granit unerschütterlich zu seinem Beto, und wenn es selbst schwanden würde, was nicht zu erwarten, würde es so viele Neutrale zur Festigkeit mahnen. Wir haben diese Standpunkte, sie nehmen es mit Europa, Asien und Südamerika auf. Herr Chamberlain aber denkt, wenn dieses Schweden nicht existiert hätte, müßte es erfunden werden. Was man ihm nachsagen kann. Noch ist es früh am Tage. Ehe sich der Abend neigt, wird eine Lösung gefunden werden. Das ist immer bei Konferenzen so. Erst freundliche Begrüßung, dann sachliche Auseinandersetzung, Zuspitzung des Konflikts, Höhepunkt der Krise, Verpetztheit, dann Abstieg bis zur Verbrüderung und schließlich beglückendes Feuerwerk. Es gibt dramatische Regeln, ohne die man weder ein Lustspiel, noch eine Tragödie aufbauen kann. Man soll die Nachtrichten aus Genf in diese Reihenfolge hineinsetzen, dann bekommen sie schon ihren Sinn. Ginge es gleich anfangs gut, so wäre die umgebende Entwicklung gesichert, und das bedeutet immer einen tragischen Verlust. Also fragen wir uns, daß es so schlecht ist. Nur keine Ueberstürzung. Jede Krise will Weile haben.

Ein gutes Drama bringt aber auch Spannungsmomente, auf die der vereehrte Zuschauer nicht gerechnet hat. Zwischenfälle, die außerordentlich lebendig wirken. Die französische Kammer hat dafür gesorgt, daß es auch diesmal an solchen Eigenheiten nicht fehlt. Sie stürzte Briand, als schon der Schnellzug, der ihn durch den Mont Cenis führen sollte, unter Vollampf auf dem Bahnhof land. Man mußte den Gästen doch schließlich auch etwas bieten. Herr Winkler hat aus Belgrad, Graf Erenberg aus Warschau gekommen. Herrn Chamberlains Entschaffen wurde bereits signalisiert, und da die Winkler im eigenen Lande so selten erleben, der Kote macht eine rühmliche Ausnahme, so hat die Kammer der Deputierten eigens für die diese Aufführung veranstaltet. Bemerklich lautete der Titel: „Nationale Würde oder wie klammert man am besten den Parlamentarismus.“ Kluge Leute in Berlin und London, vor allem aber in der Hauptstadt des Schachschiffreiches mußten, daß Briand jene Niederlage selbst befehl habe, um in Genf nicht zuviel Autorität ins Feuer führen zu müssen. Als Beschlagener konnte er den drängenden Freunden sagen, er sei ganz ihrer Meinung, aber es fehle ihm leider an den Machtmitteln, ihre Wünsche durchzuführen. Diese Bedenken hat einen Fehler. Sie ist zu flug — für Abgeordnete. Die Führer ihre Kabinette aus viel näher liegenden Gründen. Zum Beispiel aus Steuerhosen. Was man ihnen nicht verargen darf, denn zum Vergleich sind die Wähler ohne Unterchied der Partei gleich wenig geneigt, und ein Abgeordneter will wiedergeboren werden. Berantworungsgefühl, gemindert durch Freifahrkarten und Tagesgeld.

Herr Briand traupte auf. Ohne den Zahlungsschempel, der übrigens mit dem Völkerverbund gar nichts zu

tun hat, Jahre er nicht nach Genf. Denn nicht, sagten seine Freunde rechts und links. Wenn zu großen politischen Erfolgen Steuer nötig sind, verzichtet man auf diesen Luxusartikel. Der Premierminister entschloß sich, doch zu reisen. Der Schnellzug dampfte, und er konnte doch schließlich Herrn Chamberlain nicht das ganze Schlafwagencoupée überlassen. Wenigstens für 24 Stunden erschieben er in der Stadt Calvins. Und nachdem er seinen Zweck erreicht hatte, nichts zu erreichen, lehnte er bedrückt heim. Selbst in Paris würde man begreifen, daß ein Minister ohne Vertrauen des eigenen Volkes auch nicht das der Fremden finden würde. Damit Briand vermutlich keine Kammer überhäuft hat. In Genf wartet man nun geduldig auf eine Wiederkehr. Er wollte aber gar nicht das neue Kabinett bilden. Wenigstens zuerst nicht, ehe sich nicht andere abgepielt haben und er als Retter in der Not erscheinen kann, auch wenn die Krise etwas länger dauert. Das ist keine französische Eigenart, es gibt auch etwas weiter östlich Länder, in denen sich ähnliches vollziehen hat. Briand hätte sich nur bei seinem Freunde Luther erkundigen sollen. Das tat er aber nicht, und so lieh er sich bewegen, wieder die undantbare Aufgabe eines Kabinettschicks zu übernehmen.

In Genf vertreibt man sich inzwischen so gut es geht die Zeit. Auf die ausgefallenen Gedanken kommt man dabei. Herr Juch soll erst Bericht erstatten und an Eidesstatt versichern, daß Deutschland abgerüstet hat. Der Marschall wird sich vermutlich etwas gewundert haben. Andere Europäer auch. Erst vor Wochen hat er die gleiche Erklärung abgegeben. Aber Juch ist kein Diplomat und weiß nicht, was politische Schaumjährgerei ist. Zwei bis drei Tage gehen in das Land, in denen nichts getan zu werden braucht. Und das ist der Zweck der Werbung. Bis dahin wird vielleicht angeregentem Nachdenken das Kompromiß eingefallen sein. Vielleicht auch nicht. Dann muß man auf neue Zeitübergebung tüpfeln. Times is money. Und daran haben die Wälder der alten Welt obnedies Ueberflus. Vamentlich in Zeiten der Finanznot. Und da wären wir bei der inneren Politik, in der sich ja alles um die Steuern dreht. Herr Dr. Reinhold lämpft verärgert auf seine Vorklähge. Ben Afrika hat Unrecht. Vieles ist schon dagewesen, aber ein Minister, der sich mit dem Reichstag herumjagen muß, weil er die Steuern herunterlassen will, ist eine Neuauauete. Ganz trifft das doch nicht zu. Selbst die Deutschnationalen, die den Finanzminister ursprünglich heftig befiedeten, weil er den Etat geffähre, stellen Anträge, die an Unfall über jedes Maß hinausgehen. Wären wir unbesüßig, würden wir von Demagogie sprechen. Aber auch die anderen jagen sich die Senfungen aus. Das Verfahren ist einfach: Wie man gründlichst nur für Steuern eintritt, die andere befehlen, so wirft man auch nur dort Abstreife, wo man selbst den Vorteil hat. Das ist international und hat ja eben erst in Frankreich zu so ergreifenden Nachtszenen geführt.

Vorläufig droht keine Gefahr. Luther und Stresemann können nicht in Abwesenheit geführt werden. Sie sind für die kleinen Dinge des Lebens unempfindlich geworden. Wer Wälder verdrängt, kann sich nicht auch noch mit den Parteien, die die Miniaturausgabe der Wälder zugleich befehlen. Erst nach der Rückkehr trägt man diese

Konflikte dritten Ranges aus. Bis dahin aber mag Herr Dr. Reinhold gelassen den Stürmen trotzen. Freundliches Lob aber hat er seinem Herrn Vorgänger gezollt. Ihm verdankt er es, daß er jetzt im Golde wählen kann. Die Deutschnationalen hordern begeistert auf. So ist es hüßlich. Allerdings, Herr Dr. Reinhold ist der Ansicht, daß eine organische Steuerreform ohne seinen Amtrants antritt hätte erfolgen sollen, was das Lob ein wenig aufhebt. Und dabei hat Dr. Luther erst kürzlich vor der deutschen Presse, deren Gast er war, schalhaft von der eisernen Konsequenz anderer Finanz- und Wirtschaftspolitiker gesprochen. Die Kritik der Presse ging fehl — jagte Luther. Wogegen wir nicht protestieren, denn schließlich muß es der Kanzler wieder Kabinette, in deren ersten Herr von Schlieben, in deren zweiten Herr Dr. Reinhold die Steuern ordnet, doch eigentlich wissen. Wir anderen sehen zwar, daß man zwei verschiedene Stoffe zu einem Rock zusammengeknüpft hat, aber der einheitliche Eindruck wird dadurch sicherlich nicht geschmälert. Sonst würde Dr. Luther es doch nicht sagen.

Räthe werden überall sichtbar. Auch beim Kompromiß in der Frage der Fürstenabfindung. Auswähler haben Bürger immer was. Dem einen geht es zu weit, dem anderen nicht weit genug. Schon Schiller sagte: Kannst Du nicht allen gefallen durch Deine Tat und durch Dein Kunstwerk, mache es wenigen Recht. Vielen gefallen ist schlimm. Was auch offenbar gelungen ist und das ist auch eigentlich das Beste am Kompromiß. Hier gibt die alte Kriesslösung, keine Sieger und keine Besiegten, wenn schon Wilhelm II. anderer Ansicht ist. Inzwischen füllen sich schon die Listen für das Volksbegehren. Am stärksten in Thüringen, das jedes Monarchen hatte und daher fürstliche Kollieje in jehscharer Art kennen lernte. Doch stark auch in Bayern. Eigentlich hat man dort mit Fürstenabfindung nichts zu tun. Der Vergleich mit den Wittelsbachern ist rechtsgültig, aber man macht gern mit, schon um den Hohenzollern eine Freude zu bereiten. Die Liebe, die sich dieses hohe Haus dort unten in Bayern erworben hat, trägt Früchte. Nur in Baden schweigt man sich aus. Dort ist man gut republikanisch, ohne die Monarchie zu hassen. Man hatte zwar Großherzog nacheinander, auf die man stolz sein konnte. Baden ist von jeder eine Ausnahme gemessen und nahm eine Sonderstellung ein.

Das Volksbegehren führt vermutlich zum Ziel, wodurch die Lage nicht schöner wird. Dann muß der arme Reichstag diesen Begehrensantrag ablehnen. Automatisch erfolgt der Wälderscheid. Im Parteienstand der Sozialisten man sich den Kopf zerbrechen, wie man die Gesetze wieder los wird, die so laut gerufen hatte. Einige Uebungen haben die Herren links so schon darin, Befehle herbeizujähren, die ihnen unbecquem sind. Auf eine Niederlage mehr oder weniger kommt es nicht an. Trotzdem wollen wir das Gute nicht verkennen. Diese Listen sind einigen Parteien auf die Nerven gefallen, die sich weder mit der Republik, noch mit der Fürstenabfindung abfinden konnten. Und nun für Belzud Hinmen, um nicht den Teufel wählen zu müssen. Alle die haben ihrem Ruf, in der Politik zuerst immer gleiche Wege einzuschlagen, alle Ehre gemacht. Aber man soll nicht nachtragend sein. Richard Man.

## Die Ankurbelung der Deutschen Wirtschaft.

Von Dr. Kullz, Reichsminister des Innern.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage muß jeden ernsthaften Politiker mit schwerer Sorge erschüttern. Zwei Millionen Erwerbslose sind nicht nur ein weißes sichtbares Zeichen wirtschaftlichen Tiefstandes, sondern sie sind auch eine ungeheure Belastung der öffentlichen Finanzen und auf die Dauer ein nicht zu unterschätzendes staatspolitisches Gefahrenzentrum. Hungernde Menschen werden niemals zufriedene Staatsbürger sein können, im Gegenteil, sie werden immer geneigt sein, dem politischen Radikalismus ihr Ohr zu leihen. Wenn bei der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit die breite Masse sich bisher ruhiger verhält wie früher, so soll das dankbar anerkannt werden, aber es darf gleichwohl nicht verkannt werden, daß die Stimmung der Erwerbslosen bei langer Dauer der Erwerbslosigkeit sich naturunvermeidlich verschlechtern dürfte.

Aus allen diesen Gründen müßte es die gegenwärtige Regierung als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten, die Ursachen der Erwerbslosigkeit zu beseitigen und alles zu tun, was eine Belebung und Hebung des darniederliegenden Wirtschaftslbens bringen kann. Die Regierung ist dabei vor großjähigen und verantwortungsschweren Maßnahmen nicht zurückgeschreckt. Es wird selten in der politischen Geschichte vorgekommen sein, daß ein Finanzminister auf 600 Millionen Steuerertrag verzichtet. Und in der Tat ist eine solche Maßnahme auch nur verantwortbar, wenn man den ersten Glauken hat, daß die um 600 Millionen Mark Steuern entlastete deutsche Wirtschaft sich später durch die Steuererträge ergeben.

# Fürstenabfindung und Volksbegehren.

Sitzung des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei.

Mit einer Entlastung der Wirtschaft von allzu hartem Steuerdruck würde allein noch nichts Ausweg gebendes erreicht sein. Deswegen hat sich die Regierung zu weiteren Maßnahmen entschlossen. Vor allem auf dem Gebiete der Exportförderung, weil eine Belebung der Exportwirtschaft gleichzeitig eine Besserung unserer passiven Handelsbilanz in sich schließt. Die Ermöglichung großer Aufträge aus Ausland an die deutsche Industrie wird gewiß schon in verhältnismäßig kurzer Zeit Arbeitsmöglichkeit in weitem Umfange schaffen. Über auch die an die Reichsbahn gegebenen Kredite, die zur Beseitigung des umfangreichen Reparatur- und Ergänzungsbedarfes dienen, wird sehr bald zu erheblichen Erträgen in Lohnzahlungen an einzelstellenden Arbeitern sich auswirken. Hierzu kommt, daß die wiederbeginnende landwirtschaftliche Arbeit und die mit der milderen Jahreszeit einsetzende Bauzeitigkeit für tausende von Arbeitern eine Erwerbsstätte mit sich bringen werden.

Am ganzen werden es etwa 500 Millionen Mark sein, welche die Regierung zur Aufhebung der Wirtschaft im Wege der Kreditvermehrung oder im Wege der Budgetüberschneidung für die deutsche Wirtschaft mobilisiert. Der überwiegende Teil dieser Summe wird in dem inneren Wirtschaftsleben in Gestalt von Lohnzahlungen erscheinend. Das gleiche gilt für die im Wohnungsbau anzuwendenden Mittel, die aus dem Ertrag der Heizungssteuer kommen und auf etwa 750 Millionen Mark geschätzt werden können. Ein Bild auf diese Rechenbeträge zeigt, daß man die Hoffnung haben darf, den Zustand der Erwerbslosigkeit überwinden zu haben und einer fähigen, wenn dieselbe auch langwierigen Besserung der Verhältnisse entgegen zu gehen.

Die einmalige Hilfsaufnahme der Regierung muß selbstverständlich ihre Ergänzung in einer planmäßigen Wirtschaftspolitik finden, und hier ist in erster Linie notwendig, daß eine dem internationalen Güterausgleich auch im Interesse Deutschlands förderliche Handelspolitik getrieben wird. Hier werden die nächsten Wochen und Monate noch manches schwere Stück an Arbeit bringen, denn hier ist nicht allein die Haltung der deutschen Regierung maßgebend, sondern auch die der andern an den Handelsverträgen beteiligten Länder. Immerhin darf man die Hoffnung haben, daß befriedigende Ergebnisse auch auf diesem Gebiete erzielt werden.

## Vertrauenskundgebung für Reichsfinanzminister Dr. Reinhold.

Am letzten Sonnabend, den 6. März, lagte in Berlin der Gesamtvorstand des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe beim Hauptverband der Deutschen Demokratischen Partei unter Leitung des Vorsitzenden, Herrn Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. H. Wieland, Mitglied des Reichstages. Die außerordentlich zahlreiche aus allen Teilen des Reiches besetzte Sitzung nahm nach Erledigung organisatorischer Angelegenheiten einen Bericht des Herrn Dr. von Fritsch, M. d. R. M. A., Berlin über die Durchführung einer Wirtschaftsaubeuge und die Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates betreffende Gegenstände entgegen. Die sehr eingehende Ausprache, an der u. a. die Herren Generaldirektor Heinrich Brückmann, Berlin, Dr. Carl Meißner, Hamburg und Heinrich Grünfeld, Berlin teilnahmen, zeigte außerordentlich beachtliche Minderheiten für die der Demokratischen Partei leitenden des Ausschusses zu empfehlende Stellungnahme gegenüber diesen Gegenständen.

Nach der Ausprache nahm Herr Reichsfinanzminister Dr. Reinhold das Wort zu einem eingehenden vertraulichen Bericht über die Zielsetzungen seines gesamten Finanz- und Steuerprogramms. Unter lebhaftem Beifall wurde nach eingehender Besprechung einiger mit dem Steuerentwurf zusammenhängender Spezialfragen einstimmig die folgende Entschließung angenommen:

Der Gesamtvorstand des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Partei spricht den ausgezeichneten Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers Dr. Reinhold seine volle Zustimmung aus und erwartet, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei auch in Zukunft infolge der Durchführung seines Programms auf das energischste unterstützt.

Sodann beschäftigte sich der Vorstand des Reichsausschusses noch mit den die Getreidebewirtschaftung betreffenden Fragen auf Grund eines kurzen Berichtes des Herrn Dr. Fritsch, Berlin. Eine von dem Bericht erstatter vorgelegte Entschließung wurde nach eingehender Besprechung, an der u. a. die Herren Bergwerksdirektor Dr. Wallf, Neu-Welzow und Dr. Carl Meißner, Hamburg teilnahmen, dem Präsidium des Reichsausschusses als Richtlinie für seine Beratungen mit der Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei überwiesen.

Die Beratungen des Handel- und Industrie-Ausschusses der Deutschen Demokratischen Partei finden ihre besondere Bedeutung durch die einmütige und rühmlichste Unterstützung, die die in der Deutschen Demokratischen Partei vereinigten führenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft dem Programm des neuen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold zuteil werden lassen. Gehört auf die außerordentlich aktive parlamentarische Tätigkeit der demokratischen Reichstagsfraktion unter Führung des finanzpolitischen Sachverständigen der Partei, Abg. Dr. Hermann Fischer (Köln), und durch die der Deutschen Demokratischen Partei angehörenden, in ihrem Einfluß aber weit über die Parteigrenzen hinausreichenden Wirtschaftsführer, und auf der Grundlage einmütiger Entschlüsse des gesamten Reichskabinetts arbeitend, darf der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold wohl mit Sicherheit eine erfolgreiche Durchführung der von ihm im Interesse von Staat und Wirtschaft verfolgten Ziele erwarten.

Am 10. März fand im Beschlusse des Reichstages Landtages in Berlin eine aus allen Teilen des Reiches überaus zahlreiche besetzte Verammlung des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei statt, in der die Stellungnahme zur Fürstenabfindung und zum Volksbegehren erörtert wurden.

Der Parteivorstand, Reichsminister a. D. Koch begrüßte die Teilnehmer, alsdann nahm Reichstagsabgeordneter Fischer von Kitzingen das Wort, um die Grundzüge des zwischen den Regierungsparteien vereinbarten Kompromisses zur Fürstenabfindung darzulegen. Unter lebhaftem Beifall der Versammelten dankte der Parteivorstand dem Referenten, der als Unterhändler der demokratischen Fraktion tätig gewesen war für seine ausdauernde und geschickte Verhandlungstätigkeit. Im Anschluß hieran gab Koch eine übersichtliche Darstellung der Fürstenabfindungsfrage im Zusammenhang mit der gesamtpolitischen Lage. Er hob u. a. hervor: Daß der Initiative der Deutschen Demokratischen Partei hat die öffentliche Meinung eine entscheidende Stellung gegen die übertriebenen und ungeheuerlichen Forderungen der Fürsten eingenommen. Der ursprüngliche demokratische Antrag, der zunächst von allen Seiten bekräftigt wurde, erschien beinahe ausichtslos. Nunmehr haben sich die Regierungsparteien der Notwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens nicht mehr verschließen können, und sie haben einem Entwurfe zugestimmt, der die Gewähr für eine erträgliche Lösung der Fürstenabfindungsfrage bietet. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß es gelungen ist, die materiell rechtlichen Bestimmungen des Gegenentwurfes so auszubauen, daß dem Erbes nur im geringeren Umfange Spielraum bleibt, und im wesentlichen eine Beschränkung der Fürsten aus ihr unbetrübten aus privaten Titeln und mit privaten Mitteln erworbenen Eigentum gewährleistet wird. Alle bisher in der öffentlichen Meinung umstrittenen Objekte, wie der durch öffentliches Recht den Hohenzollern und ihren Nebenlinien zugewiesene Grundbesitz, fallen jetzt dem Staate zu. Das gleiche gilt für die Schlösser, Museen, Theater, Parks usw., die aus Gründen der Billigkeit den Fürsten nur solange gewährt wurden, als sie Träger der Souveränität waren. Weiterhin ist es nach harten Auseinandersetzungen gelungen, die Zusammenlegung des Reichsordnungsgerichtes befriedigend zu gestalten. Diese Zusammenlegung trägt dem Umfange Rechnung, daß es sich um die Entscheidung über eine Frage handelt, die nicht nach formalrechtlichen, sondern auch nach staatspolitischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Grundrätzen geregelt werden muß. Eine etwaige Umwertung der Fürstentümer geschieht hinsichtlich im Rahmen der allgemeinen Umwertungsregeln. Die Rückwirkung des Gesetzes ist auf diejenigen Fälle ausgedehnt, die noch strittig sind und bei denen deswegen ein Interesse an einer Ausprägung vorhanden ist. In den übrigen Fällen würden die betreffenden Landtage von dem Rechte der Revision ohnehin keinen Gebrauch machen. Das den Fürsten zugesprochene Privatvermögen darf aber auch nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden, im Falle des Mißbrauches tritt eine Vermögenssperre ein.

Angeht die dieser Sachlage konnte es die demokratische Reichstagsfraktion nicht verantworten, das Gesetz fallen zu lassen. Der von den Kommunisten und Sozialdemokraten vorgelegte Gegenentwurf sieht eine einschneidende Entziehung der Fürsten und Fürstentümer vor und bestimmt die Verwendung der enteigneten Vermögen zu besonderen Zwecken. Das gilt auch für die Vermögen, die unzweifelhaft privater Natur sind. Zu solchen Grundrätzen kann sich die Deutsche Demokratische Partei nicht bekennen. Außerdem ist es fast ausichtslos, daß Millionen eine vernünftige Regelung vorliegt, die 20 Millionen Stimmberechtigter für einen solchen Volksentscheid erklären werden. Die Demokratische Partei vermag nicht zu verantworten, daß ein eines Volksentscheides dieser Art willens das jetzt vorliegende Kompromiß zum Scheitern gebracht wird. Die Nichtbeachtung des Volksbegehrens ist für alle Parteien ein wesentlicher Teil zur Zustimmung zum Kompromiß. Die Demokratische Partei ist bereit, sich an dem Volksbegehren nicht zu beteiligen, sie erwartet aber auch von den übrigen Parteien, daß sie nunmehr an dem Inhalte des Kompromisses nicht mehr rütteln.

Es ist zu hoffen, daß das Kompromiß in seiner jetzt vorliegenden Form im Reichstage angenommen wird. Auch die Sozialdemokraten werden sich dem gefunden Gedanken dieses Kompromisses nicht verschließen können.

Die Fürstenabfindung und das Volksbegehren sind zwei Fragen, die sich nicht trennen lassen. Die Fürstenabfindung ist die Voraussetzung für die Durchführung des Volksbegehrens. Die Demokratische Partei ist bereit, sich an dem Volksbegehren nicht zu beteiligen, sie erwartet aber auch von den übrigen Parteien, daß sie nunmehr an dem Inhalte des Kompromisses nicht mehr rütteln.

Es ist zu hoffen, daß das Kompromiß in seiner jetzt vorliegenden Form im Reichstage angenommen wird. Auch die Sozialdemokraten werden sich dem gefunden Gedanken dieses Kompromisses nicht verschließen können.

Sollte die Zweidrittel-Mehrheit am Widerstande der Deutschnationalen scheitern, so bleibt immer noch die Möglichkeit, der Deutschen Demokratischen Partei zu ermöglichen, sich dann am Volksentscheid zu beteiligen. In diesem Falle kann auch befohlen werden, daß sich dann auf die Angehörigen der Zentrumspartei und rechtsgerichtete Kreise am Volksentscheid beteiligen werden. Das kann umso eher angenommen werden, als zum Volksentscheid auf Grund der Beratungen des Reichstages nicht nur der Gehör auf einschneidende Entziehung gestellt werden kann, sondern diesem Volksentscheid kann auch ein verbesserter vom Reichstag formulierter Gegenentwurf zu Grunde gelegt werden, sofern er von einer Reichstagsmehrheit angenommen worden ist. Es war grundsätzlich unrichtig, der Volksentscheid zu einem Zeitpunkt zu betragen, in dem noch die Möglichkeit auf eine verbindliche Regelung gegeben war. Der Volksentscheid muß das Reichsmittel sein, das dann wirksam werden kann wenn der Reichstag verfallen sollte.

Es kann aus diesen Gründen der Deutschen Demokratischen Partei nicht empfohlen werden, vorzeitig das jetzt im Gang befindliche Volksbegehren mitzumachen. Sollen die gesetzliche Regelung durch den Reichstag scheitern, muß die Bewegung für einen Volksentscheid, der erst nach einer Beschlußfassung des Reichstages in der Wege geleitet wird, zur Durchführung gelangen. Diese Bewegung wird dann auch von der Demokratischen Partei in die Hand genommen werden.

Die Demokratische Partei hat ihre Erfolge in den letzten Jahren durch ihre einheitliche und geschlossene Haltung erzielt, sie kann und darf diese Haltung nicht preisgeben. Sie sieht die Halb- und Halbpartei, die die Deutschnationalen bei den Damesgelegen in Anwendung gebracht haben, ab und stellt sich geschlossen auf den Boden des Kompromisses.

Im Anschluß an die Ausführungen Kochs fand eine längere Ausprache statt. Gegenüber den Rednern, die Meinungsverschiedenheiten taktischer Natur zum Ausdruck brachten, wurden von anderer Seite mehrfach die Gründe des Parteivorstandes unterstrichen und ergänzt.

Nach Beendigung der Ausprache wurde zuerst über einen Antrag auf Freigabe der Beteiligung am Volksbegehren abgestimmt. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Danach wurde folgende vom Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Fall eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Parteiausschuss spricht dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion wärmsten Dank aus für die unermüdete und erfolgreiche Tätigkeit, die sie zur Verbesserung des Gegenentwurfes über die Fürstenabfindung entfaltet haben. Die Volksbewegung, die durch die majestätischen Ansprüche der Fürsten entsetzt wurde, an deren sich als erste die Demokraten angenommen haben, hat mit dem heute vorliegenden Gegenentwurf zwar nicht alle Ziele erreicht, aber eine erträgliche Regelung die Wege geöffnet.“

Der Parteiausschuss stimmt dem Gegenentwurf der Kompromißpartei zu. Für den Fall jedoch, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Reichstages für den jeweiligen Gegenentwurf in Folge des Widerstandes der Rechten nicht erreicht werden sollte, behält sich der Parteiausschuss die Regelung der Frage durch einen Volksentscheid vor.“

Weiterhin wurde entsehbender Antrag ebenfalls einstimmig angenommen:

„Der Reichsparteiausschuss erachtet den Parteivorstand und die Fraktionen des Reichstages und der Landesparlamente, ihren Einfluß auf die Reichsregierung und die Regierungen der Länder dahin geltend zu machen, daß allen Verleuten der Verwaltungsbehörden zur Erleichterung und Vereinfachung des Volksbegehrens mit allen Machtmitteln des Staates entgegenzutreten ist. Gegen die Schuldigen ist im Wege des Straf- und gegebenenfalls des Disziplinarverfahrens einzuschreiten. Die Verwaltungsbehörden müssen zur Neutralität in ihrem Dienst den innerpolitischen Kämpfen gegenüber angehalten werden. Insbesondere muß ihnen klar gemacht werden, daß die Einrichtung des Volksbegehrens in den Gebieten vorgezogen ist und seine Durchführung durch keinerlei Verwaltungsmaßnahmen erschwert werden darf. Volksbegehren und Volksentscheid sind Grundlagen der unmittelbaren Demokratie und als solche in Verfassung und Gesetz festgelegt.“

Nach einem kurzen mit stürmischen Beifall aufgenommenem Schlußwort des Parteivorstandes Koch fand die Sitzung des Parteiausschusses ihr Ende.

372 580 Krieger-Witwen.

Wie die Kriegsfolgen sich nach sieben Jahre nach dem Waffenstillstand auswirken, das zeigen die Zahlen des allgemeinen Pensionsfonds nach dem Reichshaushaltsplan für 1928. Nach dieser Aufstellung sind 372 580 Witwen vorhanden. Von diesen Witwen beziehen 39 350 40 Pro. 287 000 50 Pro., und 59 700 60 Pro. der Wollrente. Außerdem beziehen 6440 Witwen die Witwenbeihilfe und im Etat sind sieben Millionen Mark als einmalige Abfindung eingelegt für die auf 8000 bedachten Witwen, die voraussichtlich im kommenden Jahre sich wieder verheiratet werden.

Nach erschöpfender ist die Zahl der Witwen und der Eltern, die Kriegsofer geworden sind und vom Staate zum Teil unterhalten werden müssen. Nach der Aufstellung des Reichshaushalts sind 963 040 Halbwitwen und 65 320 Halbwitwen vorhanden, die Witwenbeihilfe erhalten. Insgesamt beträgt die Zahl der Halbwitwen und Vollwitwen 1 031 280.

Schließlich teilt die von der Reichsregierung herausgegebene Übersicht noch mit, daß 131 350 Eltern und 62 140 Elternpaare Unterstützung für den Verlust ihres Ernährers infolge des Krieges beziehen.

## Die Leser dieses Blattes

nützen dem Vaterland und dem Gedanken der Demokratie, wenn sie diese Zeitung ihren Bekannten und Verwandten in die Hand geben, damit auch diese erkennen, daß es Pflicht eines vaterländisch gesinnten Mannes ist, mitzuarbeiten im Dienste der Republik.



# ◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

## Konsum-Verein für Magdeburg und Umg.

### Spezial-Angebot.

Durch Zufall kauften wir einen großen Posten

## Konfirmanden-Kleider

sehr billig.

Serie I Kleid, blan 13.50  
 Serie II Kleid, hübsch gemacht 15.80  
 Serie III Kleid, blan Popeline 17.65  
 Serie IV Kleid, blan Gabard. 19.50

### Salzquelle

Jeden Sonntag:

## Konzert

Anschließend

### Tanzkränzchen.

Homöopathische Biochemische Krankenbehandlung

Maassen, Magdeburg, Prälatenstr. 14 II, Ecke Himmelreichstr. Sprechst. 9-4 Uhr; Sonntags 9-11 Uhr Donnerstags keine. Harnuntersuchung

## Im Frühjahr 1926

haben wir den ungünstigen Zeitverhältnissen Rechnung tragend, unsere Preiskalkulation noch weiter ermäßigt

**Konfirmanden-Mäntel** von Mk. 7<sup>00</sup> an  
**Konfirmanden-Kostüme** von Mk. 11<sup>00</sup> an  
**Konfirmanden-Kleider** von Mk. 6<sup>75</sup> an  
**Damen-Balotots** in Aps, Tuch, neueste Farben in großer Auswahl äußerst billig!

Den Rest der Wintermäntel zu ganz niedrigen Preisen

## Mäntelhaus Rotes Schloß

Breiter Weg und Große Münzstraße-Ecke Eingang Große Münzstraße, 1. Hausflur.

Kennen Sie schon den **Garanti-Strumpf**?

## Mah-Jong

Allein-Verkauf für Magdeburg

Noch heute sollten Sie einen Probekauf machen. Paar 300

## BARASCH.

## Demokraten! Republikaner!

Auf den Bahnhöfen, in den Gasthöfen und Kaffees sowie bei den Zeitungverkäufern verlangt die

## Mitteldeutsche Rundschau

Macht Freunde und Bekannte auf die Mitteldeutsche Rundschau aufmerksam, werbet weiter; verlangt kostenloses Probeheft durch den Verlag Magdeburg, Breiter Weg 139/140.

Denken Sie daran Ihre Familien-Anzeigen auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.

### Die schönste Behälter sind die berühmten Meisterwerke der Belletratur

nur 2,90 Mk. für Geschenkzwecke besonders geeignet.

60 Titel

Jeder Band in Lederbinden mit Verdrucken, weißen Leinwandpapier, Fadenheftung, Rückenstiel in echter Goldprägung.

Hadiländer, Danbäl, Heine, Heinrich, Buch Hugo, Victor, Der Wälder Immermann, Oberst Gontschewski, Quo vadis? Schöfel, Chateauc Schöfel, Silberbergung Mark Twain, Tom Comverts und viele andere Titel.

Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Gr. Münzstr. 3

## Das führende Spezialhaus für Webereiwaren!

## Die Qualitäts-Marke!

Unsere Preise sind billig!

## Siefried Cohn

Webereiwaren • Breitweg 76a

## Franz Pützkuhl

Empfehle:

Hüte, Mützen, Schirme, Wäsche, Reanatten, Stühle, Handtasche, Sockensträger.

**Magdeburg - N., Lübecker Straße 120.**

Meyer Michaelis  
 Gebr. 1884 Magdeburg Gebr. 1884  
 Gr. Marktstr. 16 - Febrspr. 1424

**Günstigste Bezugsquelle**  
 für Schuh-, Oberleder u. färmliche Schuhmacher-Werksartikel

Für meine Abteilung

## Bilder-Verband

suche strebsame

## Provisionsreisende

mit gutem Verdienst unter G. N. 66 an die Expedition dieses Blattes.

Wach- kassen- kasse

## deine Schuhe dir selbst

Wach- kassen- kasse

## Polobl-Anfertigung

Wach- kassen- kasse

Beste Arbeit!

Bestellungs- karte

Bestellungs- karte

Bestellungs- karte

## Photographie!

Großer Preisabbau in Photographien, Postkartenaufnahmen und Paßbildern.

Die Preise sind so niedrig gestellt, daß selbst der weniger Bemittelte sich ein bestens ausgeführtes Bild leisten kann.

Hugo Paulsen, AlteUlrichstr. 18

## Billige Schuhwaren!

Herrenstiefel, Rindbor, m. abh., soweit noch Vorrat 8,75  
 Herren-Halbschuhe, Rindbor, m. abh. 7,50  
 Herren-Schnürstiefel, Rindbor 8,25 6,75

**Schaft- und Langstiefel spottbillig.**

Knabenstiefel, schwarz 38/39 6,75  
 Knaben-Halbschuhe, m. abh. 36/37 12,00

**Damen-Halbschuhe**

Leider, Schürze und Spanne 9,90  
 Braun Verkehl-Schuh, 38/38, auch 6. VB. 7,50 6,50  
 Braun Schnürst. für Oberreit 9,20

**Damenstiefel und Kinderstiefel spottbillig.**

Turnschuhe braun mit schwarzer Gummihlebe 1,75  
 Braun Kindleder-Sandalen sehr schön 31/32 2,70 37/38 2,25  
 Preis 3,25 4,75 4,25 3,75 3,25 2,25

Verkauf an Wiederverkäufern!

B. Wolffs Gelegenheitskäufe, Schmeißerstraße 14 1/2

## Hotel und Restaurant „Weisser Bar“

Bekannt gute Küche. Pilsener Urquell Münchener Spatenbräu ad. i'bürgnagel.

## Konfirmanden-Anzüge

empfiehlt Konfektions-Haus

## Deutsche Herrenmoden

Breiterweg 136, gegenüber d. Ratswaageplatz.

Bekannt billige Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Bekleidung

**Freunde werbt Leser!!**

## Inserieren bringt Erfolg!

# Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 11

Halle (S.), den 13. März 1926

2. Jahrgang

## Streiflichter aus dem Stadtparlament.

Auch der organisierte Hausbesitz erkennt die Nützlichkeit der Baugenossenschaften an. — Magdeburgs Wohnungsbauprogramm für 1926. — Ein Erfolg der demokratischen Sparmaßnahmen.

Magdeburg hat auf dem Gebiet des Wohnungsbaues in den letzten Jahren Außerordentliches geleistet. Unter den deutschen Großstädten nimmt es hier einen ganz hervorragenden Platz ein. Zimmerleiht das Geschlossene noch nicht im Entferntesten aus, um den dringenden Bedarf an Wohnungen zu bedenken. In der Vorkriegszeit belief sich der Zuwachs an Wohnungen im Durchschnitt auf jährlich 1400. Das Tempo der Bevölkerungszunahme hat zwar in den letzten Jahren etwas nachgelassen, doch würde man zu den letzten Jahren kommen, wollte man aus dieser Tatsache auf einen verminderten Wohnungsbedarf schließen. Aus dem Umlande, das die Zahl der Wahlberechtigten, also des Teiles der Einwohnerzahl über 20 Jahre, in stärkerer Zunahme begriffen ist, aus der Bevölkerungszunahme, geht vielmehr mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Zahl der Wohnungswürdigen ungleich schneller steigt als man aus der an und für sich nicht allzu erheblichen Steigerung der Bevölkerungsziffer annehmen könnte. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 hatte Magdeburg bei einer Einwohnerzahl von etwa rund 270 000 im ganzen 70 607 Haushaltungen und 72 194 Wohnungen. Heute haben wir bei einer Einwohnerzahl von 299 000 Seelen 86 290 Haushaltungen und nur 78 000 Wohnungen. Während also die Bevölkerungszahl nur um rund 29 000 Köpfe gestiegen ist, hat die Zahl der Haushaltungen in derselben Zeit um 16 000 zugenommen.

Diese Ziffern geben in mehr als einer Hinsicht zu denken. Sie lehren, daß die Kopfzahl der Familie von 4 auf 3,4 gesunken ist. Die Angst vor dem Kinde ist es, die aus diesem Rückgang der Kopfzahl der Familie spricht. Wenn man weiter hört, daß nicht weniger als 8000 Familien, also ein Zehntel der Gesamtzahl, ohne eigene Wohnung ist, wird man diese Angst begründlich finden. 1910 konnte die Statistik noch einen Überlebens an Wohnungen melden. Heute ist die Verhältnisziffer umgekehrt. Wenn wir in absehbarer Zeit — etwa in 10 Jahren — normale Verhältnisse in der Wohnungswirtschaft haben wollen, müßten jährlich etwa 1000 Wohnungen errichtet werden. Es kann darüber gar kein Zweifel bestehen, daß die Privatunternehmung heute zu einer solchen Leistung nicht in der Lage ist. Solange solche anormalen Verhältnisse bestehen, wird in erster Linie es Sache der Städte bleiben, für den Wohnungsbau selbst zu sorgen.

Diese Erkenntnis ist nicht nur der demokratischen Gruppe der Stadtverordnetenversammlung eigen, auch die Vertreter des organisierten Hausbesitzes, die in öffentlichen Versammlungen für die baldige Wiederherstellung der freien Wohnungswirtschaft eintreten und auch jetzt immer von neuem fordern, daß es dem Privatunternehmer möglichst gemacht werden müsse, den Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt anzunehmen, haben sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Die Vertreter des Hausbesitzes in der Stadtverordnetenversammlung haben in der Stadtverordnetenversammlung keinerlei Einwendungen dagegen erhoben, daß die gemeinnützigen Baugenossenschaften, die in freiesem Wagemut sich an die Lösung des Wohnungsproblems heranwagten, als der Magistrat der Aufgabe noch etwas zögernd gegenüberstand, auch in diesem Jahre wieder als Bauherren für die geplanten Bauvorhaben figurieren sollen, obwohl es ihnen bekannt ist, daß auch für Privatunternehmer nach den bestehenden Bestimmungen durchaus die Möglichkeit besteht, Hauszinsfliehenhypotheken zu erhalten und sich am Wohnungsbau zu beteiligen. Die Vertreter des Hausbesitzes stimmen mit der übrigen Versammlung für die Magistratsvorlage, die den Bau von 750 Wohnungen im Haushaltsjahr 1926—27 vorschlägt.

Es ist notwendig, auf diese Tatsache hinzuweisen, da die Vertreter des Hausbesitzes in ihren Versammlungen gegen die gemeinnützigen Baugenossenschaften, die sie als ihre Konkurrenten betrachten, sehr heftig vom Leder zu ziehen pflegen und in diesem Zusammenhang dann die freien Demokraten beschuldigen, kein Verständnis für die Lage des Hausbesitzes zu besitzen, daß sie die Wiedererrichtung der freien Wohnungswirtschaft verhindern usw. Die Demokraten tun aber nichts anderes als die Vertreter des organisierten Hausbesitzes in diesem Falle auch getan haben, die ebenfalls keinen anderen Weg einschlagen wissen, wie man der Wohnungswirtschaft zu Leibe gehen könnte als die Hilfe von dort zu nehmen, wo sie sich bietet. Das sind in diesem besonderen Falle eben die Baugenossenschaften.

Eines gewissen pilantigen Beigleichnisses entbehrt nicht die Beschlüsse des der Fraktion der Rechten angehörigen Stadtv. Lene über die Berührungsimpfungen, die er als Führer einer der gemeinnützigen Baugenossenschaften von den Führern des organisierten Hausbesitzes, seinen eigenen Fraktionskollegen, über sich ergehen lassen mußte.

Außerdem erregten auch die Mitteilungen des demokratischen Stadtv. Bede, der über die Vereinbarungen der Vereinigung der Ziegeleien berichtete, einen künstlichen Mangel an Bauflohen und eine Preissteigerung durch Verringerung der Produktion hervorzuheben. Das Ziel dieser Volksfreunde geht offenbar dahin, erit die Preise

in die Höhe zu treiben und sich dann durch langfristige Verträge einen Ertragsgewinn zu sichern. Auf dieses Treiben muß die Regierung ein wachsames Auge haben, damit nicht durch eine ungerechtfertigte Verteuerung der Bauflohe unseren Volksgenossen die Mittel für ihr lebenswichtig erwerbtes Heim bis zu einer untraglichen Höhe geteigert wird.

Daß der unvermeidliche Stadt. Mann bei einer solchen Ausdrucksweise nicht fehlen darf, ist selbstverständlich. Er sprach davon, „wie sein Herz sich krümmte“ („und die jämlichen Sparr auf seiner trostlosen Vollmondlandschaft“), wie ein humorvoller Volkskrieger zur Veranschaulichung der anatomischen Wertvolligkeiten des völkischen Säuglings hingezogen, als er von dem „Dreißigjährigen“ hörte, die nach seiner Auffassung darin zu erkennen ist, daß von heimischen Wohnungssuchenden Bauflohenzufußfälle gefordert wurden. Auch die in den Neubauten geforderten Mieten fand er viel zu hoch.

Ja, Herr Mannheimer, Sie sollten der Republik dankbar sein, daß sie Ihnen durch ihre Schutzgehebe eine billige Altwohnung liefert. Ginge es nach Ihren Freunden, dem völkischen Führer in der Hausbesitzerorganisation, dem Hausbesitzer Haber, dann würden Sie für Ihre Altwohnung schon lange dieselbe Miete zu zahlen haben, wie

## Bezirksstimmung

am 21. März in Magdeburg.

Die Demokratische Partei bittet ihre, in der Kommunalverwaltung beruflich oder ehrenamtlich tätigen Anhänger zu einer

### Kommunalpolitischen Aussprache.

Landräte, Bürgermeister, Stadträte, Kreisbau- schaftsmisglieder, Stadtverordnete, Kreisstadtsab- ordnete, Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher, Gemeindeführer, überhaupt alle in der Selbstverwal- tung tätigen Freunde, bringt diese Aussprache sehr viel Anregung.

die Mieten in den teuren Neubauten. Dann würden aber selbstverständlich wieder nicht die völkischen Ausbeuter und Konjunkturgewinnler, sondern die von Ihnen so gefürchteten Juden die Schuld an der Verteuerung der Wohnungen tragen. So pflegen Sie es doch immer bei Ihrer Antijudenhetze zu halten.

Eine Aenderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ist geplant. Wir würden es bedauern, wenn die Geschäftsordnung eine Fassung erzielte, die dem Stadt. Mann in seine notorischen Entgleisungen unmöglich machen würde. Mann ist uns ein sehr wertvoller Kampfgenosse bei der Aufklärung der Öffentlichkeit über den wirtlichen Charakter der sogenannten öffentlichen Erzeugung. Neben dem Dr. Greiner haben wir es in der Hauptrolle ihm, der mit keinerlei Hemmungen beschwert ist, zu danken, daß die Völkischen bei den Provinziallandtagswahlen eine so vernünftige Niederlage erlitten, daß ihre Stadtverordneten auf sie entfallende Stimmenzahl für die Stadtverordnetenwahlen heranziehen, von 5 auf 1 Mitteldrittel zumungewöhnlich wäre. Mann gleicht dem Geist, der das Böse will und das das Gute schafft. Mit seiner Unterstützung wird es gelingen, endlich das öffentliche Leben von der völkischen Pest zu säubern.

Selbstverständlich müssen dem Stadtverordneten- Vorsteher Machtmittel in die Hand gegeben werden, um Entgleisungen, wie sie sich in der Höhe des Gehalts ereignen können, oder gar Ungehörigkeiten, zu denen einige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung neigen, nachdrücklich zu ahnden. Zu warnen ist aber davor, die von den Strafen der Geschäftsordnung Betroffenen in der Öffentlichkeit als Märrer ihrer Überzeugung erscheinen zu lassen. Die Defektheit hat ein sehr feines Gefühl für Recht und Unrecht. Ihr Urteil, wie sie über das Auftreten der völkischen Führer denkt, liegt offen da. Es wäre vom Lobel, wollte man durch so scharfes Vorgehen den völkischen Heißspornen einen Martyrerehnen geben.

Die demokratische Stadtverordnetenfraktion hat in den letzten Sitzungen wiederholt nachdrücklich auf den alten Grundgedanke kommunalpolitischer Aufmerksamkeit machen müssen, daß keine Ausgabe ohne Deckung gelassen dürfe und daß wir besonders in der heutigen Zeit jede Ausgabe doppelt und dreifach überlegen müssen, ehe wir dazu unsere Zustimmung geben. Diesmal handelte es sich um

einen Antrag des Magistrats, zur Ausbesserung und für den Antritt der Fassade des Stadtparkes 58 000 M. zu bewilligen. Stadtv. Schuler machte gegen diese Forderung des Magistrats geltend, daß der Vorlage die zwingende Notwendigkeit für eine Ausgabe in solchen Ausmaßen nicht erkennbar sei. Bei der Schwierigkeit, den nächsten Etat zum Ausgleich zu bringen, müßte jede Ausgabe vermieden werden, durch die die Steuerkraft der Bürgerschaft unnötig belastet werde.

Die Sprecher der anderen Fraktionen, mit Ausnahme der Kommunisten, konnten sich diesen Darlegungen nicht verschließen. Der Magistratsantrag wurde der Baudeputation zur eingehenden Nachprüfung überwiesen.

## Sociates

Demokraten und Altrentner. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Ertelitz hat mit Unterstützung der demokratischen Reichstagsfraktion nachstehenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung zu erwidern, mit dem Verken, die eigene Konfessionslosigkeit vor der Konfessionszeit gehabt haben, in Verhandlungen einzutreten, damit die Altrentner dieser Klasse eine Aufwertung ihrer Bezüge erhalten, die den früher geleisteten Beiträgen entspricht, und demnach in einer Denkschrift das Ergebnis dieser Berichte mitzuteilen.

Hinausschiebung der Darlehnsrückzahlung. Die den bedürftigen Beamten feinerzeit gewährten Darlehen sollten mit Wirkung vom 1. März an zurückgezahlt werden. Die allgemeine gespannte Wirtschaftslage bezieht noch weiter und die Ausgaben für Winterbedürfnisse hatten noch über den 1. März hinaus an, jedoch die Tilgung den Beamtens schwer fällt. Der Reichstagsabgeordnete Schulz-Steglich (Dem.) regte daher beim Herrn Reichsfinanzminister Dr. Reinhold an, mit der Tilgung erst vom 1. Mai an zu beginnen. Der Finanzminister erwiderte dem Wünsche zu und wird in den nächsten Tagen eine entsprechende Anweisung ergehen lassen.

Sonderprüfung der Sekretäre. Bei der Beratung des Haushaltsgesetzes ist ein Antrag angenommen worden, der nach dem 21. 3. 20 planmäßig angestellten Sekretäre, welche durch Staatspräsident in der früheren Anstellung verhindert werden sind, noch zur Sonderprüfung zuzulassen. Da auch nach weiterer Ausbreitung des Begriffes „Veresdienst“ alle Sekretäre, welche noch zur Sonderprüfung zuzulassen wären, nicht erfaßt werden, hat der Abg. Schulz-Steglich (Dem.) zur zweiten Beratung des Haushaltsgesetzes beantragt, das Wort „Veresdienst“ durch das Wort „Kriegsverhältnis“ zu ersetzen.

Aufwertungsverhältnisse der Beamten. Auf Wunsch der Reichsregierung im Haushaltsgesetz sollen die Schließungsgrundzüge, welche das Aufwertungsverhältnis innerhalb der einzelnen Gruppen regeln, so geändert werden, daß besonders für die Ministerialbeamten eine ihrer Tätigkeit entsprechende Bewertung erfolgen kann. Ein im Reichstag angenommener Antrag Steinort (SPD) will diese Regelung nicht zulassen. Der Abg. Schulz-Steglich (Dem.) beantragte deshalb zur zweiten Beratung des Haushaltsgesetzes die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Beamtenfortbildung und Beamtenerholungsheime. Zur Förderung der Fortbildungen von Beamten vorzubereitungen der Beamten geschaffenen Fortbildungseinrichtungen beantragte Abg. Schulz-Steglich (Dem.) die in dem Haushalt des Reichsfinanzministeriums des Innern hierfür vorgegebene Summe auf 300 000 Mark zu erhöhen. Ebenso beantragte derselbe Abgeordnete, die zur Förderung der Beamtenerholungsheime vorgegebene Summe auf 100 000 Mark zu erhöhen.

Jahrespreismessung zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken. Auf Wunsch der Teilnehmer an den Ausschreibungen für Mittelstufenschüler richtete Abg. Schulz-Steglich (Dem.) das Ersuchen an die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, die Teilnehmer Jahrespreismessung zu gewähren. Die Reichsbahn-Gesellschaft antwortete darauf, daß Schülerpreismessungen lediglich für Schüler und Studierende bestimmt seien, die sich auf einen Beruf vorbereiten, nicht aber für im Beruf stehende Personen, die sich weiter bilden wollen. Jahrespreismessung zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken seien nur solchen Schülern und Studierenden zugänglich, die unter Leitung von Lehrern in Gruppen an gemeinschaftlichen Vorlesungen teilnehmen. Eine weitere Vergünstigung zugunsten der erwähnten Mittelstufenschüler würde Verletzung anderer Kreise nach sich ziehen, abgesehen davon, daß die geplante Wirtschaftslage der Reichsbahn es verbietet, weitere neue Jahrespreismessungen einzuführen.

Expeditoren der obersten Reichsbehörden. Der demokratische Antrag, die Expeditorenstellen der obersten Reichsbehörden (Gesetzgebungsgruppen VIII bis XIII) durch Aenderung der Schließungsliste zu bewerten, der im Vorjahre abgelehnt worden ist, hat in veränderter Form wieder zur Beratung im Reichstag gelangt. Er wurde zugunsten des Antrages Steinort und Gensler (SPD), die Schließungsgruppen für 1925 auch im Jahre 1926 gelten zu lassen, ebenfalls abgelehnt. Gegen den demokratischen Antrag stimmten die Kommunisten, Sozialdemokraten und das Zentrum geschlossen. Damit hat wieder einmal das gleichmächtige Bestreben der Sozialdemokraten, dem sich das Zentrum bedauerlicher Weise angeschlossen, objektiv.

**Beratung der Reichsbienstandsförderung.** Der 14. Aus-  
schuß des Reichstags für Beamtenelegenheiten hat be-  
schlossen, auch in der plebiszitären Woche zu tagen.

Zur Ortslistenfrage wünschte der Abg. Schuldt-  
Steglich, daß neue Grundzüge für die Einführung von  
Orten in die einzelnen Ortslisten erstellt werden. Be-  
züglich des Dienstvertrages machte der genannte Ab-  
geordnete geltend, daß er Bedenken habe, dieses Gesetz  
außerhalb des Rahmens des neuen Beamtengesetzes zu be-  
handeln, weil gewisse grundsätzliche Fragen — z. B. der  
Beamtener sei oder der Charakter des Ruhegehalts — nicht  
bei diesem Gesetz, sondern nur im neuen Beamtengesetz  
geregelt werden könnten. Bekanntlich enthält der von  
den Demokraten vorgelegte Entwurf eines neuen Be-  
amtengesetzes auch das Dienstvertragsrecht im organischen  
Zusammenhang. Tendenzen, welche diesen organischen  
Zusammenhang lösen wollen, muß man mit berechtigten  
Bedenken gegenüberstellen.

**Wohnungsgehilfsaufbau an Pensionäre.** Die Pensionäre  
besitzen bekanntlich als Wohnungsgehilfsaufbau einen  
Darlehenszinsfuß, der geringer ist als die Höchstätze und  
höher als die Mindestsätze, der verschiedenen Ortslisten.  
Ein Antrag des Abg. Schuldt-Steglich (Dem.), den  
Pensionären und den Hinterbliebenen in jedem Falle den  
Wohnungsgehilfsaufbau des Wohnortes zu gewähren, wurde  
bei der Verabschiedung des Haushalts 1925 fälschlich als  
erledigt betrachtet. Da der Antrag aber keinesfalls er-  
ledigt ist, wurde er von dem genannten Abgeordneten er-  
neut eingebracht.

**Beschäftigung von Arbeitslosen in der Forstverwal-  
tung.** Angehört der ungenutzten Arbeitslosigkeit hatte  
der Landtagsabgeordnete Barfeld-Hannover den Herrn  
Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ge-  
beten, den Oberförstern die Mittel, die im Staatshaus-  
haltsplan für 1926 für den Wegebau angefordert wurden,  
sich jetzt zur Verfügung zu stellen, damit die Oberför-  
stereien die Wegebauten und Wegeinstandsetzungen bereits  
in Angriff nehmen können und so in der Lage sind, hierzu  
Arbeitslose zu beschäftigen, die während des Sommers in  
der Landwirtschaft Arbeitsmöglichkeit finden. Wie der  
Landwirtschaftsminister Steiger dem Abgeordneten Bar-  
feld mitteilte, hat er von den für 1926 angeforderten 6,3

Sind Sie sich Ihrer Pflicht bewußt? Wieviel  
neue Mitglieder haben Sie schon gewonnen?

Millionen Mark zur Unterhaltung und zum Neubau öf-  
fentlicher Wege innerhalb der Forsten den Regierungen  
bereits rund 3,7 Millionen Mark überwiesen, jedoch ist in  
der Lage, die Untererteilung auf die Oberförstereien  
vorzunehmen und diese jetzt mit den Arbeiten be-  
ginnen können.

**Anrechnung von Dienstzeit bei der freiwilligen Kran-  
tenpflege.** Von den zuständigen Verbänden, insbesondere  
den „Roten Kreuz“ ist wiederholt angeregt worden, die  
während des Krieges 1914—18 in der freiwilligen Kran-  
tenpflege abgeleistete Dienstzeit auf das Versorgungs-  
und Ruhestandsbienficialer anzurechnen. Mit demokratischer  
Unterstützung ist deshalb ein von allen Parteien unter-  
schriebener Gesetzentwurf, der diesen Wünschen Rechnung  
trägt, soeben dem Reichstag zugegangen.

### Parteinachrichten

#### Zur Tagung der Demokratischen Jugend Mitteldeutschlands.

Schlage die Trommel und fürchte dich nicht,  
Und lässe die Marktentenderin,  
Das ist die ganze Wissenschaft,  
Das ist der Bücher tiefer Sinn.  
Trommle die Leute aus dem Schlaf,  
Trommle Reveille mit Jugendkraft,  
Marschiere trommelnd immer voran,  
Das ist die ganze Wissenschaft.

Das ist die Hegelsche Philosophie,  
Das ist der Bücher tiefster Sinn,  
Ich hab sie begriffen, weil ich geliebt  
Und weil ich ein guter Tambour bin.

Heinrich Heine.

Zum Trommeln und zum Voranmarschieren wollen wir  
jung sein, und wenn gelegentlich jemand aus dem  
Schlaf getrommelt wird, so soll es uns nur freuen.  
Deutschland lebt nur, wenn es kämpft hat, und die Partei  
nur, wenn sie junge Mitglieder hat. Opfer werden  
dabei gebracht. Der Herzog oder graufte es die Jungen  
nicht manchmal, wenn der Kauf der Marktentenderin, denn  
die dürfte doch wohl das Zentrum sein, so lange dauert.  
Opfer der Temperamente: wenn der Wagen der Partei  
mühselig um die Wegrücken schlingt, die man so gern  
überläßt. Opfer der Pflicht: wenn man nachgibt, trotz-  
dem man sich im heißen Kampf der Jugend fühlt.

Wo steht unsere Jugend? Wir sind immer stolz dar-  
auf, daß ein beträchtlicher Teil im werktätigen Leben  
steht und jedes Opfer ein selbstverständliches ist. Wir grü-  
ßen auch den, der in seiner Umgebung gegen den Strom  
schwimmt muß. Demokratie ist, wenn rings die Kameraden  
die Politik im Verborgenen suchen.  
Hat die Jugend etwas erreicht? Sie kann mit Stolz  
den jüngsten Abgeordneten des Reichstags den ihren  
nennen. Die Kundigen wissen, daß die Verbindung mit  
der Jugend und damit die Erneuerung des Parteilebens  
heute ihren guten Weg über das Generalsekretariat der  
Partei hat.

Der Tagung unseres Jugendverbandes ein herzliches  
Gut auf!

### Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Ausschuß.) Sitzung  
Montag den 22. März, abends 8 Uhr in der Geschäfts-  
stelle.

D. D. P. (Stammtrieb.) Dienstag den 16. März  
abends 8 Uhr: Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6.  
Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

Sonntag den 21. März vormittags 10½ Uhr in der  
Freundschaft in Magdeburg, Große Ausprache

D. D. P. Magdeburg. Am 3. März verstarb un-  
ter Mitglied Frau Josephine Biemer im Alter von 55  
Jahren. Die Partei wird ihr Andenken in Ehren halten.

Die Stadtteilgruppe Alte Neuhof-Nordfront hielt  
am Donnerstag den 4. März ihre gut besuchte Hauptver-  
sammlung in den „Nationalfeiern“ ab. Herr  
Dr. Schröder gab einen hochinteressanten Ueberblick  
über die politische und wirtschaftliche Lage, wobei er be-  
sonders Finanz- und Steuerfragen, sowie die Fürsten-  
abfindung berührte. Stadt Ratzeburg sprach über  
städtische Angelegenheiten, dabei auf den  
sogenannten „Fall Schüler“ zurückkommend und auf die  
sehr merkwürdige Stellungnahme einiger Beamtengruppen  
verwies. Die demokratische Partei kennt keine Ge-  
fährdungsmittel, sie verlangt aber, daß der Beamte frei-  
willig die Staatsform befreit und sich mit der Republik inner-  
lich verbunden fühlt. In großen Zügen behandelte Red-  
ner den Haushaltsplan 1926—27, der mit einem Fehl-  
betrag von 11 Millionen Mark abschließt. Durch erheb-  
liche Abstriche erhob der Räte, der das Defizit auf  
2½ Millionen herabzudrücken. An seine Reserte schloß  
sich eine längere laudische Ansprache, in der die von den  
Demokraten eingetragene Sparpolitik einmütig gebilligt  
wurde.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.** Zur Reichsbanner-  
tätigung zum Volksbegehren treten die Abteilungen  
wie nachstehend an:

Fermersleben und Südost gemeinsam am  
Sonntag 7.15 Uhr bei R. Wolf, (Salbe) zum Umzug.  
Am Sonntag 9.15 Uhr vormittags an derselben Stelle  
Antreten zur Kundgebung.

Die anderen Abteilungen treten am Son-  
abend an:

Altstadt, Fleischmarkt, 6 Uhr.  
Wilhelmstadt, Körnerplatz, 7 Uhr.  
Sudenburg I, Bendorferweg, 6 Uhr.  
Sudenburg II, Salmelplatz, 7 Uhr.  
Budaan, Straßenbahndepot, 7 Uhr.  
Friedrichstadt-Werder, Schwarzer Adler,  
8 Uhr.  
Anger, Grajeman, 7.30 Uhr.  
Der Vorstand erwartet Beteiligung aller Kameraden.

### Bezirk Halle.

Auch ein „Volksentscheid.“ Die Vorbereitungen zum  
Volksentscheid gegen die Fürstenabfindungen haben un-  
ternehmbar auch in den Reihen der sogenannten „vater-  
ländischen Verbände“ wie ein Spaltzweig gewirkt. Man re-  
beliert „armen bedauernswerten“ Fürsten die eigene Ver-  
mut der enteigneten Kriegsanleihebesitzer und Sparrer  
entgegen und hat offenbar nicht die mindeste Reue, nun  
nochmals für diejenigen zu bluten, die in dem ausge-  
werteten Volk nur ein Mittel zur Verdrängung ihrer Geld-  
gier sehen. Man sucht deshalb in Fürstentümern nach  
alternativen erprobtem Rezept nach Abfindungen nachzu-  
suchen. Und da man mitten in der Konjunktur für Volksent-  
scheid steht, macht man ein Propagandabüro für einen an-  
deren Volksentscheid auf. Wie bekannt wird, hat sich in  
Halle ein

Reichsbund zur Vorbereitung eines verfassungsmäßigen  
Volksentscheides über die Lösung der Judenfrage e. V.  
St. Halle (Saale)

konstituiert. Selbstverständlich sind für diese neue  
„Reichsgründung“ Satzungen aufgestellt worden, und man  
fordert in diesen u. a.:

Vorbereitung eines verfassungsmäßigen Volks-  
entscheides zur Ausweisung sämtlicher seit dem 1. Aug.  
1914 eingewanderter Juden, Beschlagnahme ihrer Ver-  
mögen und Verwendung dieser Beträge zu Gunsten der  
Kleinrentner und Sparrer. Gleichzeitig wird zur Defi-  
ziten entscheidender Untoten zu freiwilligen Einnahmen  
und zur Zahlung monatlicher Beiträge aufgerufen.

Diese Satzungen tragen die Unterschriften von Stahl-  
helmgrößen. Auch Herr Oberleutnant a. D. Duesterer  
glänzt darunter mit seinem Namen. Und nun weiß man  
erfreulicherweise auch sofort Ursache und Zweck dieser neu-  
en „vaterländischen“ Leistung. Man hält einen Volks-  
entscheid, der zur Programmumkehr aufreißt und die Zu-  
den gegen die Fürsten ausspielt, für ein willkommenes  
Abfindungsmittel. Daß man dabei den Volksentscheid  
gegen die Fürsten für verfassungswidrig, den aus dem  
antidemokratischen Simphonien herausgehobenen aber für  
verfassungsmäßig erklärt, über solche Kleinigkeiten setzt man  
sich in jenen Kreisen leicht hinweg. — Wie weit diese  
„Reichsgründung“ zur Zeit über Halles Mauern hinaus  
ihre Kreise gezogen hat, läßt sich nicht erkennen. Wei-  
leucht fallen einige freiwillige Helfer und auch einige  
Mitglieder herein und gehen. Das geschähe nämlich auch  
in den vaterländischen Verbänden knapp. Nebenbei hat  
man wieder ein Auffrischungsmittel für die Agitation.  
Man kann mal wieder gegen jemanden gehen. th.

Halle. Der Beamten-Ausschuß im Verein der Deut-  
schen Demokratischen Partei hielt am 5. d. M. eine Ver-  
sammlung ab, in der Herr Gerhard Vogt-Berlin, der Vor-  
sitzende des Reichsbeamten-Ausschusses über das Thema:  
„Alte Beamteneigenen“ sprach. Seine Ausführungen,  
die wiederholt reichen Befall fanden, wichen in Form und  
Inhalt vortrefflich von dem hergebrachten Rahmen eines

beratigen Vortrages ab. Aus dem praktischen Beruf  
aus dem Leben, aus eigener Mitarbeit heraus, formte der  
Vortragende den Zuhörern ein Bild von dem Wesen und  
den Aufgaben der Beamten-Organisationen. Wirtschaft-  
liches Streben und politische auf einer bestimmten Weltan-  
schauung beruhende Betätigung mußte die Beamtenschaft da-  
hinleiten, sich einen größeren Einfluß für ihre berech-  
tigten Wünsche und Forderungen in den Parlamenten zu  
verschaffen. Vorbildlich sei die Arbeit, die in der demo-  
kratischen Reichsbeamtenschaft für die gesamte Beamtenschaft  
geleistet werde. Ziel sei in Hinblick auf republikanische und  
demokratische Mithitität in den Verhaltungsstellen der  
Reichsministerien bisher verläßt, aber ein früherer Zug  
ist jetzt unannehmbar. Die vom Reichsinnenminister Dr.  
Kühn für die Beamten vorerfälligten Richtlinien und die  
Energie des Reichsfinanzministers Dr. Reinkhof gäben  
zu Hoffnungen begründeten Anlaß. Eine Verlängerung  
von den Demokraten seit zwei Jahren bekämpften  
Besoldungsperzepte sei so gut wie ausgeschlossen. Beson-  
dere Verdienste habe sich in dieser Hinsicht der demo-  
kratische Parteiführer Kauf erworben. Da sei der finan-  
ziellen Lage des Reiches und der Länder auf eine Besol-  
dungsverbesserung nicht zu rechnen sei, müsse eine wirksame  
Freispannung unbedingt verlangt werden. In ein-  
gegangener Weise behandelte der Redner dann noch die  
Rechtsforderungen der Beamten.

An den Vortrag schloß sich eine rege Ansprache, wor-  
auf Herr Vogt eine Reihe von Anfragen beantwortete.  
Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten  
schloß der Vortragsabend, Herr Breitfischer in der Hoff-  
nung auf weitere rege Mitarbeit der Mitglieder des de-  
mokratischen Beamteneigenen die interessante Tagung.

**Bezirksratung.** Die Vertreter der Kreisvereine und  
Ortsgruppen im Regs-Bez. Merseburg werden voraus-  
sichtlich für Sonntag, den 15. April, zu einer Sitzung nach  
Halle einberufen werden. Neben den Beratungen über  
geschäftliche und organisatorische Fragen wird auch ein  
Abgeordneter die politische und wirtschaftliche Lage be-  
handeln. Die Kreis- und Ortsgruppen-Vorstände erhalten  
demnach zu dieser Tagung besondere Einladungen.

Der Langjährige Direktor der Halleschen Feintorn-  
werke in Großh. L. Teich, Herr Ernst Matthes, ist verstor-  
ben. Wir werden dem treuen Gefährten und Freundem  
ein ehrendes Andenken bewahren.

### Jungdemokraten Halle.

Der Besch der Verammlung der Jungdemokraten  
Halle (Saale) vom 9. 3. 26 war erfreulicher Weise stark.  
Herr Studentrat habe konnte leider infolge Krankheit  
das angelegte Referat nicht halten. Der Vortragsabend  
erläuterte in kurzen Ausführungen die wichtigsten politischen  
Tagesereignisse und behandelte vor allem die Frage des  
Volksbegehrens und den Reichswehr-Gesetz. Nach kurzer  
Diskussion stellten sich die Anwesenden einmütig auf den  
Standpunkt, daß es unter Berücksichtigung aller Gegen-  
argumente unbedingt notwendig ist, Volksbegehren und  
Volksentscheid straflos zu unterstellen. Ueber den Par-  
teiprezipien steht das Volkswort. Das formale Recht ist  
nicht anwendbar für den Raub, der an unserem notleiden-  
den Volke geplant ist. — Der Reichswehr-Gesetz enthält  
ungeheure Summen für Munitionsaufwendungen, Generals-  
gehälter. Hiermit verglichen sind die für Kultur-  
ausgaben und soziale Angelegenheiten (Tuberkulose-  
bekämpfung usw.) ausgeworfenen Beträge derart gering,  
daß dies mit dem staatsbürgerlichen Verantwortungsbewuß-  
sein nicht zu vereinbaren ist. Die über das Volks-  
begehren und den Reichswehr-Gesetz gefaßten Beschlüsse sind  
an die Parteileitung Berlin, den Reichsbund deutscher  
demokratischer Jugendverbände, und der ergrünter  
noch an den „Staatsbürgerlichen Ausschuss zur Förderung  
des Volksbegehrens“ Berlin weitergegeben worden. —  
Die Jungdemokraten werden sich also getreu des in der  
Ständeverammlung im Januar gegebenen Gebotnisses  
reftlos am Volksbegehren beteiligen und fordern alle de-  
mokratisch Gesinnten zur Teilnahme auf. — Zur Wag-  
deburger Tagung des „Landesverbandes Mitteldeutsch-  
lands der Jungdemokraten“ am 13. und 14. März 30. Jz.  
werden mehrere Delegierte hinfahren. Kl.

### Neue Bücher

Matheis, Eigenhüter, Heimstätten, Heine Wohnhüter  
u. a. für Gartenstädte, Villenkolonien, Bauvereine, Wortze  
und das Land, vorwiegend 4 bis 8 Zimmerhäuser. 40 bürger-  
liche Hauspläne in 300 Ansichten. Grundrissen usw., mit  
Angabe der Bauteile als Grundbesitz. Herausgegeben von  
J. Matheis. Preis 8 RM., gebunden 10 RM. (Bort 50 J.).  
Heimstätten-Verlag, G. m. b. H., Deßau-Regis. Schließbach  
Nr. 20. Postfachkonto Frankfurt a. M. 7278.

Für jeden Bauherrn ist die Auswahl von 300 Ansichten  
und 90 Hauspläne sehr wertvoll. Die Bauteile sind rich-  
tig gehalten, meist 8 bis 30 000 RM., dabei wird ganz den  
heutigen Verhältnissen Rechnung getragen, es sind durchweg  
4 bis 8 Zimmerhäuser mit gut bewährten Grundrisselementen  
für Gebirgs- und Flachland, zweckmäßig und billig zu bauen.  
Der Text beleuchtet über alle Erfordernisse des Baues und der  
Inneneinrichtung. Dieses Werk kann jedem Interessenten nur  
bestens empfohlen werden.

„Matgeber für Kundstunten und die, die es wer-  
den wollen.“ Verlag: A. Neuhäuser, Halberstadt. (Steff  
brochier, Preis 1,50 M bzw. 2,— M bzw. 3,— M).  
Ein Büchlein von 112 Seiten, mit ca. 300 Abbildungen,  
5 Tabellen für Selbstbau bringt endlich die gewünschte  
Auffklärung über das Kundstunten für Laien. Da  
außer der allgemeinen Beschreibung auch Vorschriften für  
Bedienung der Apparate, sämtliche vorkommenden Stör-  
ungen und deren Beseitigung ausführlich besprochen wird,  
dürfte die Beschaffung jedem Kundstunten anzuraten sein;  
auch als Geschenk für ältere Schüler sehr gut geeignet,  
da die Selbstbauanleitung mit Zeichnungen lückenlos  
und sehr leicht verständlich sind.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag  
Eduard Münz, Magdeburg.  
Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Deßau.

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 65 Halbpennig monatlich vorläufig 5 Halbpennig (Schlussverkaufsstelle). — Abstellungen nehmen alle einflussreichen Verleger, Buchhändler, Briefträger, Adress- und Brief-Liste (Sachl.), Verlegerstr. 21, einbringen. — Einzelne, höhere Ortschaft mit Kreisverteilung: Halle (Saale), Verlegerstr. 21, Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 11 Halle (S.), den 13. März 1926 2. Jahrgang

## Frühlingsstürme am Genfer See.

Die Eichordnung in Reformationssaal — Ein Königreich für ein Kompromiß — Schwedischer Granit — Dramatischer Aufbau — Tragödie der Komödie — Der Schnellzug auf dem Pariser Bahnhof — Nachtfest in der Kammer — Die ewige Wiederkehr Briands — Zeitveredelung — Zweifelhafte Lob für Schlieben — Der Kanzler vor der deutschen Presse — Volksbegehren — Monarchische Erfahrungen in den Ländern — Abfindung mit der Abfindung.

Frühlingsstürme wühen dem Wonnemond. Kalendermäßig wäre es beinahe Jowett, aber die Politik hat ihre eigenen meteorologischen Gesetze. Selbst in Genf, wo das Klima sonst wesentlich milder ist als in unserem Norden. Und doch bringen wir erst den Frühling hinunter. Was übrigens die Anderen noch nicht erkennen wollen. Was war die Völkervereinigung ohne uns? Ein Torso, in Schwert oder Klinge. Allmählich hat man das sogar in den betreffenden Hauptstädten des Westens erkannt. Daher die dringenden Einladungen. Doch jetzt, wo wir zur Stelle sind, allerdings noch im Vorjahr waren, bis die Ehrentugenden bereit sind, uns hineinzuleiten, versehen sich immerzu die Geister. Die Fragefrage nach wie häufig bei einer Eichordnung Schwierigkeiten. Seht man uns zu den Honoratioren, und das forschen wir mit Zug und Redt, so murren die Anderen, dessen wir als Nebenfiguren ferrieder wird. Es ist geradezu lafabelhaft, wer sich jetzt alles als Großmacht fühlt. Spanien, Polen, Brasilien, China. Von Nicaragua liegen noch keine entsprechenden Meldungen vor, aber da wir noch einige Tage mit den Wästern der Erde, gahllich an dem kleinen Gefilde zu fischen des Mont Blanc zusammen sind, ist noch Zeit, ähnliche Ansprüche anzumelden.

Herr Chamberlain ist dauernd bemüht, die von ihm ausgehenden Wogen des Sees wieder zu glätten. Ein Königreich für ein Kompromiß! Selbst Schliebe unterstützt ihn in allerhöchstem Maße Mussolini in diesem sonst unheimlichen Beginn. Schlieben aber fest wie ein Granit unerschütterlich zu seinem Veto, und wenn es sich schonfinden würde, was nicht zu erwarten, würde es so viele Neutrale zur Festigkeit mahnen. Mut haben diese Standpunkte, sie nehmen es mit Europa, Asien und Südamerika auf. Herr Chamberlain aber denkt, wenn dieses Schweden nicht erfüllt hätte, müßte es erfinden werden. Was man ihm nachdienen kann. Noch ist es früh am Tage. Ehe sich der Abend neigt, wird eine Lösung gefunden werden. Das ist immer bei Konferenzen so. Erst freundliche Begrüßung, dann sachliche Auseinandersetzung, Juppigung des Konflikts, Höhepunkt der Krise, Peripetie, dann Abstieg bis zur Verbrüderung und schließlich begnügliche Feuerwerk. Es gibt dramatische Regeln, ohne die man weder ein Lustspiel, noch eine Tragödie aufbauen kann. Man soll die Nachrichten aus Genf in diese Reihenfolge hineinenteilen, dann bekommen sie schon ihren Sinn. Ginge es gleich anfangs gut, so wäre die umgekehrte Entwicklung geistreich, und das bedeutet immer einen tragischen Schluß. Also freuen wir uns, daß es so schlecht geht. Nur keine Ueberstürzung. Jede Krise will Weile haben.

Ein gutes Drama bringt aber auch Spannungsmomente, auf die der vereehrte Zuschauer nicht gerechnet hat, Zwischenfälle, die außerordentlich lebendig wirken. Die französische Kammer hat dafür gesorgt, daß es auch diesmal an solchen Eigenheiten nicht fehlt. Sie stürzte Briand, als schon der Schnellzug, der ihn durch den Mont Cenis führen sollte, unter Vollampf auf dem Bahnhof land. Man mußte den Gästen doch schließlich auch etwas bieten. Herr Wintzschlag war aus Belgard, Graf Etienne von Paris gekommen. Herrn Chamberlains Eintreffen wurde bereits signalisiert, und da die Wintzschlag im eigenen Lande so selten erleben, der Kote macht eine rühmliche Ausnahme, so hat die Kammer der Deputierten eigens für sie diese Aufführung veranstaltet. Bemerklich lautete der Titel: „Nationale Würde oder wie glorifiziert man am besten den Parlamentarismus.“ Kluge Leute in Berlin und London, vor allem aber in der Hauptstadt des Schmachtsreiches mußten, daß Briand seine Niederlage selbst befehlt habe, um in Genf nicht zuviel Autorität ins Feuer führen zu müssen. Als Beschlagener konnte er den drängenden Fremden sagen, er sei ganz ihrer Meinung, aber es fehle ihm leider an den Machtmitteln, ihre Wünsche durchzusetzen. Diese Begründung hat einen Fehler. Sie ist zu klug — für Abordnung. Die klügsten ihre Kabinette aus vier nachliegenden Gründen. Zum Beispiel aus Steuerfragen. Was man ihnen nicht verargen darf, denn zum Bezahlen sind die Wähler ohne Unterschied der Partei gleich wenig geneigt, und ein Abgeordneter will wiedergehört werden. Bekanntmachungsgesetz, gemindert durch Freischaftarten und Tagebeleg.

Herr Briand trumpte auf. Ohne den Zahlungskampel, der übrigens mit dem Völkerverbund gar nichts zu

tun hat, fährt er nicht nach Genf. Denn nicht, sagten seine Freunde rechts und links. Wenn zu großen politischen Erfolgen Steuer nötig sind, verzichtet man auf diesen Luxusartikel. Der Premierminister entschloß sich, doch zu reisen. Der Schnellzug dampfte, und er konnte doch schließlich Herrn Chamberlain nicht das ganze Schlafwagencoupée überlassen. Wenigstens für 24 Stunden erschieben er in der Stadt Calvins. Und nachdem er seinen Zweck erreicht hatte, nichts zu erreichen, kehrte er befriedigt heim. Selbst in Paris würde man begreifen, daß ein Minister ohne Vertrauen des eigenen Volkes auch nicht das der Fremden finden würde. Womit Briand vermutlich seine Kammer überführt hat. In Genf wartet man nun geduldig auf seine Rückkunft. Er wollte aber gar nicht das neue Kabinett bilden. Wenigstens zuerst nicht, ehe sich nicht andere abgepielt haben und er als Retter in der Not erscheinen kann, auch wenn die Krise etwas länger dauert. Das ist seine französische Eigenart, es gibt auch etwas weiter östlich Länder, in denen sich ähnliches vollziehen hat. Briand hätte sich nur bei seinem Freunde Luther erkundigen sollen. Das tat er aber nicht, und so ließ er sich bewegen, wieder die undantbare Aufgabe eines Kabinettschicks zu übernehmen.

In Genf vertreibt man sich inzwischen so gut es geht die Zeit. Auf die ausgefallenen Gedanken kommt man dabei. Herr Jogh soll erst Bericht erstatten und an Eidesstatt versichern, daß Deutschland abgerüstet hat. Der Marschall wird sich vermutlich etwas gewundert haben. Andere Europäer auch. Erst vor Wochen hat er die gleiche Erklärung abgegeben. Aber Jogh ist kein Diplomat und weiß nicht, was politische Schaumbläsgerei ist. Zwei bis drei Tage gehen in das Land, in denen nichts getan zu werden braucht. Und das ist der Zweck der Werbung. Bis dahin wird vielleicht angestrengtem Nachdenken das Kompromiß eingefallen sein. Vielleicht auch nicht. Dann muß man auf neue Zeitübergebung tüpfeln. Times is money. Und daran haben die Völker der alten Welt ohnedies Ueberfluß. Vamentlich in Zeiten der Finanznot.

Und da wären wir bei der inneren Politik, in der sich ja alles um die Steuern dreht. Herr Dr. Reinhold kämpft verweiseft um seine Vorkläge. Ben Utiba hat Unrecht. Vieles ist schon dagewesen, aber ein Minister, der sich mit dem Reichstag herumhangeln muß, weil er die Steuern heruntersehen will, ist eine Nouveauté. Ganz trifft das doch nicht zu. Selbst die Deutschnationalen, die den Finanzminister ursprünglich heftig beschiedten, weil er den Etat gestöhre, stellen Anträge, die an Ausfall über jedes Maß hinausgehen. Wären wir unglücklich, würden wir von Demagogie sprechen. Aber auch die anderen lassen sich die Sentenzen aus. Das Verfahren ist einfach: Wie man grundtätlich nur für Steuern eintritt, die andere belasteten, so wünscht man auch nur dort Abfrische, wo man selbst den Vorteil hat. Das ist international und hat ja eben erst in Frankreich zu so ergreifenden Nachtschienen geführt.

Vorläufig droht keine Gefahr. Luther und Stresemann können nicht in Abwesenheit gestürzt werden. Sie sind für die kleinen Dinge des Lebens unempfindlich geworden. Wer Völker verurteilt, kann sich nicht auch noch mit den Parteien, diese Miniaturausgabe der Völker zugleich befassen. Erst nach der Rückkehr trägt man diese

Konflikte dritten Ranges aus. Bis dahin aber mag Herr Dr. Reinhold gelassen den Stürmen trotzen. Freundliches Lob aber hat er seinem Herrn Vorgänger gezollt. Ihm verdankt er es, daß er jetzt im Golde wählen kann. Die Deutschnationalen hordchen begeistert auf. So ist es hübsch. Allerdings, Herr Dr. Reinhold ist der Ansicht, daß eine organische Steuerreform schon vor seinem Amtsantritt hätte erfolgen sollen, was das Lob ein wenig aufhebt. Und dabei hat Dr. Luther erst kürzlich vor der deutschen Presse, deren Gast er war, schalftast von der eisernen Konsequenz unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik gesprochen. Die Kritik der Presse ging fehl — sagte Luther. Wogegen wir nicht protestieren, denn schließlich muß es der Kanzler weitere Kabinette, in deren ersten Herr von Schlieben, in deren zweiten Herr Dr. Reinhold die Steuern ordnet, doch eigentlich wissen. Wir anderen sehen zwar, daß man zwei verschiedene Stoffe zu einem Kokk zusammengeknüpft hat, aber der einheitliche Eindruck wird dadurch sicherlich nicht geschwächt. Somit wurde Dr. Luther es doch nicht Jagen.

Räthe werden überall sichtbar. Auch beim Kompromiß in der Frage der Fürttenabfindung. Auszusehen haben Bürger immer was. Dem einen geht es zu weit, dem anderen nicht weit genug. Schon Schiller sagte: Kannst Du nicht allen gefallen durch Deine Tat und durch Dein Kunstwerk, mache es wenigen Recht. Vielen gefallen ist schlimm. Was auch offenbar gelungen ist und das romisch. Hier gibt es keine Befolgen, ist. Inzwischen sind die Begehren. Am darthen hatte und tri kennen lernte. hat man dort mit Bergleich mit den macht gern mit zu bereiten. Die en in Bayern erden schweig man ch, ohne die Maß- überzüge nachden- den ist von jeder Sonderstellung

um zum Ziel, wo in muß der arme. Automatisch erstand der Sojns man die Gesell- er hatte. Einige darin Beschüsse. Auf eine Kie- ht an. Troghem Diese Offen find n, die sich weder abfindung abfin- den konnten. Und nun für Belzeub stimmen, um nicht den Teufel wählen zu müssen. Auch die haben ihrem Ruf, in der Politik zuerst immer falsche Wege einschlagen, alle Ehre gemacht. Aber man soll nicht nachtragend sein. Richard Man.

## Die Unkurbelung der Deutschen Wirtschaft.

Von Dr. Kütz, Reichsminister des Innern.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage muß jeden erntfähigen Politiker mit schwerer Sorge erfüllen. Zwei Millionen Erwerbslose sind nicht nur ein weißes sichtbares Zeichen wirtschaftlichen Tiefstandes, sondern sie sind auch eine ungeheure Belastung der öffentlichen Finanzen und auf die Dauer ein nicht zu unterschätzendes staatspolitisches Gefahrenzentrum. Hungersüden Menschen werden niemals zufriedene Staatsbürger sein können, im Gegenteil, sie werden immer geneigt sein, dem politischen Radikalismus ihr Ohr zu leihen. Wenn bei der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit die breite Masse sich bisher ruhiger verhält wie früher, so soll das dankbar anerkannt werden, aber es darf gleichwohl nicht verkannt werden, daß die Stimmung der Erwerbslosen bei langer Dauer der Erwerbslosigkeit sich naturunwendig verschlechtert müßte.

Aus allen diesen Gründen mußte es die gegenwärtige Regierung als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten, die Ursachen der Erwerbslosigkeit zu beseitigen und alles zu tun, was eine Belebung und Hebung des darniederliegenden Wirtschaftsliebens bringen kann. Die Regierung ist dabei vor großzügigen und verantwortungsschweren Maßnahmen nicht zurückschreckt. Es wird selten in der politischen Geschichte vorgekommen sein, daß ein Finanzminister auf 600 Millionen Steuerertrag verzichtet. Und in der Tat ist eine solche Maßnahme auch nur verantwortbar, wenn man den besten Glauben hat, daß die um 600 Millionen Mark Steuern entlastete deutsche Wirtschaft durch diese und andere Maßnahmen einen derartigen Antriebs erhält, daß aus der wieder gesunden Wirtschaft sich später erhöhte Steuererträge ergeben.